StopEPA-Kampagne
e-Newsletter No. 4

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte,

mit dieser vierten Ausgabe des newsletters der deutschen StopEPA-Kampagne möchten wir Sie/Euch vor der Sommerpause über das weitere Geschehen der Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten über den Abschluss regionaler Freihandelsabkommen informieren.
EPAs (Economic Partnership Agreements), auf Deutsch "Wirtschaftspartnerschaftsabkommen", sind regionale Freihandelsabkommen, die zur Zeit zwischen der EU und den 77 Staaten der AKP-Gruppe (Afrika, Karibik, Pazifik) im Rahmen des Cotonou-Abkommens verhandelt werden. Die StopEPA-Kampagne folgt einer Initiative afrikanischer Zivilgesellschaft, die EPAs in ihrer gegenwärtigen Form ablehnt und sich für wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Alternativen einsetzen.

Falls Sie den e-Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze e-mail an post@stopepa.de. Wir werden Sie dann aus dem Verteiler löschen.
Weitere Informationen zur Kampagne bei der **Koordination Südliches Afrika (KOSA),** August-
Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, Fax: 0521-63789 E-Mail: post@stopepa.de

Wir wünsche Euch/Ihnen spannende Lektüre und einen schönen Sommer.

Viele Grüße vom StopEPA-Kokreis

---------- Inhalt ----------

1. Handelsminister der Afrikanischen Union äußern sich kritisch zu EPAs

2. Zivilgesellschaftliche Organisationen Afrikas und Europas sind sich in ihrer Kritik einig

3. EPA review: wichtiger Zwischenschritt oder Minimalverpflichtung abarbeiten?

4. AKP Finanzminister verlangen mehr Mittel zur Unterstützung des EPA Prozesses

5. Aktivitäten der EPA Kampagnen

6. inWent Seminar zu EPAs (Dokumentation)

1. Handelsminister der Afrikanischen Union äußern sich kritisch zu EPAs

In der Deklaration der Handelsminister der Afrikanischen Union (14. April 2006 in Nairobi) wird die Politik der EU Kommission erneut kritisiert. Die Handelsminister bemängeln die fehlende Berücksichtigung der Entwicklungsbelange der AKP Staaten und fordern die Verhandlungsführer der EU auf, das Ziel der Entwicklungsförderung in den EPA Verhandlungen stärker zu berücksichtigen. Bevor überhaupt Liberalisierungsmaßnahmen umgesetzt werden, sollten die WTO Regeln geändert werden, um weitgehende und

schädigende Liberalisierungszugeständnisse von Seiten der AKP Staaten zu vermeiden. Die umstrittenen Bereiche der Investitionen, des Wettbewerbs und des öffentlichen Beschaffungswesens (Singapur-Themen) sollten grundsätzlich nicht Bestandteil der Verhandlungen sein. Außerdem wurde gefordert, dass der für die zweit Jahreshälfte vorgesehene „EPA review“ umfassend erfolgen und Handels- sowie Entwicklungsaspekte berücksichtigen solle. Details unter: http://www.africa-union.org/root/au/Conferences/Past/2006/April/TI/Nairobi%20Declaration%20on%20EPAs.pdf

2. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Afrika, dem Pazifik und in Europa sind sich in ihrer EPA-Kritik einig

Im März 2006 kamen Vertreter von mehr als 30 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Afrika und Europa in Harare, Zimbabwe zusammen. Für die deutsche StopEPA-Kampagne nahm Dr. Theo Kneifel von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika teil. Die TeilnehmerInnen erklärten ihre Bereitschaft, die internationale StopEPA-Kampagne aktiv fortzuführen, verabredeten inhaltliche Schwerpunkte und Aktivitäten für dieses Jahr und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung. In der Erklärung kritisieren die TeilnehmerInnen den Verhandlungsdruck und die Rhetorik der EU Kommission, da letztere nur dem Zweck diene, wirkliche Verhandlungspositionen zu verdecken. Den bisherigen Verhandlungen fehle es an Transparenz und Offenheit. Die Organisationen verlangten eine grundsätzlich Neuausrichtung und einen Perspektivwechsel in den Verhandlungen. Der Liberalisierungsdruck soll genommen und den AKP-Staaten der nötige politische Raum eingeräumt werden, damit diese ihre eigenen Entwicklungsstrategien verfolgen können.

Den vollständigen Text der gemeinsamen Erklärung in deutsch finden Sie/Ihr unter: http://www.woek.de/kasa/pdf/kasa_epas_harareerklaerung_mrz_2006.pdf

Mitte Juni kamen in Nadi, Fiji, mehr als 60 Vertreter von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Privatsektor-Vertretern, Bauernverbänden, Frauen- und Umweltgruppen und Wissenschaftler aus 12 Pazifik-Staaten zusammen, um über die entwicklungspolitische Wirkung von EPAs zu beraten. In einer gemeinsamen Erklärung drückten die TeilnehmerInnen ihre Sorge insbesondere darüber aus, dass bislang keine umfassenden Studien die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen sowie die Implikationen für Frauen eines EPA für die pazifischen Inselstaaten untersucht hätte. Bislang sei kein öffentlicher Konsultationsprozess vorgesehen, die Transparenz und Information über die Verhandlungen müssten verbessert werden, zudem sollten keine Liberalisierungsverpflichtungen in besonders sensiblen Wirtschaftsbereichen (Landrechte und traditioneller Umgang mit Land, kulturelles Erbe, öffentliche Schlüsseldienstleistungen, Ernährungssicherheit) eingegangen werden. Die Einheit der pazifischen Inselstaaten sollte nicht durch plurilaterale EPAs gefährdet werden. Die Organisationen schliessen mit einer Aufforderung an ihre europäischen, afrikanischen und karibischen Partner, die Stimmen und Forderungen aus dem Pazifik in ihre Arbeit einfließen zu lassen.

Die fünfseitige Erklärung pazifischer NGOs finden Sie/Ihr unter http://www.bilaterals.org/article.php3?id_article=5029

3. EPA review: wichtiger Zwischenschritt oder Minimalverpflichtung abarbeiten?

Eine Überprüfung des Fortschritts der EPA-Verhandlungen ist für die zweite Hälfte dieses Jahres geplant. Geht es nach dem Willen der Europäischen Kommission, so wird in dieser Evaluation nur geprüft, ob die Verhandlungen planmäßig bis zum Ende 2007 abgeschlossen werden können. Die Regierungen der AKP-Staaten und zivilgesellschaftliche Akteure in den AKP-Regionen und Europa fordern jedoch eine sehr viel umfassendere Prüfung, die u.a. auch die entwicklungspolitische Wirkung und Ausrichtung der EPAs beinhaltet, verbindliche Schritte zur Überprüfung der Entwicklungswirkung von EPAs einleitet und zudem zivilgesellschaftliche Akteure aus Europa und den AKP-Staaten umfassend in den weiteren Prozess einbezieht.

4. AKP Finanzminister verlangen mehr Mittel zur Unterstützung des EPA Prozesses

Die Frage, wie viel Mittel zur Finanzierung der EPAs zur Verfügung stehen, bleibt weiterhin ungeklärt. Im April erklärten die AKP Finanzminister, dass sie mehr Mittel und sichere Zusagen benötigten, ob und bis wann sie mit zusätzlichen Ressourcen rechnen können. Sie äußerten Besorgnis angesichts der Differenz zwischen den zugesicherten und den von der EU tatsächlich ausgezahlten Mitteln. Die AKP Regierungen wiesen darauf hin, dass ohne zusätzliche Unterstützung weder ein ausreichender Ausbau der Infrastruktur noch konkurrenzfähige Handels- und Produktionsstrukturen aufgebaut werden könnten, um mit der EU konkurrieren zu können. Zudem müssten diese Mittel bereits einige Zeit vor der Öffnung ihrer Märkte zur Verfügung gestellt werden, um wirksam zu werden.

Die EU beharrt dagegen auf dem bekannten Konzept, dass die Handelsliberalisierung an sich zu mehr Entwicklung führen werde und dass „zeitweilige“ Anpassungskosten durch Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) - Unterstützung der EU für Entwicklungsprogramme der AKP Staaten - kompensiert werden könnten. Zusätzliche Mittel will die EU bislang nicht bereit stellen, auch wenn z.B. die EU Afrikastrategie ab 2010 für den Handelsbereich Unterstützungen von jährlich 1 Milliarde Euro vorschlägt.
Die AKP Staaten fürchten jedoch, dass eine Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln aus dem EEF auf Kosten von Bereichen wie Gesundheit und Bildung gehen würde. Dies hätte schlimme Auswirkungen für die ärmsten Bevölkerungsgruppen ihre Länder und würde daher kaum Entwicklung fördern können. Einige AKP Regionen sagen nun, dass sie die Verhandlungen nicht fortführen können, solange dieses Problem nicht gelöst werde.

http://www.acp-eu-trade.org/library/library_detail.php?library_detail_id=3070. Vgl. Sie dazu auch ein Interview mit Junior Lodge, Koordinator der CARIFORUM EPA-Verhandlungsgruppe, erschienen unter dem Titel „Wir wissen, was wir wollen“ in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift E+Z unter http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/06-2006/inw_art1.html

5. Aktivitäten der EPA Kampagnen

Deutschland
Am 08.März übergaben Vertreter der StopEPA-Kampagne der parlamentarischen Staatssekretärin im BMZ, Frau Karin Kortmann, 2700 Aktionsostkarten, die seit Mai vergangenen Jahres gesammelt worden sind. Es wurde gefordert, dass EPAs zu keiner

weiteren Liberalisierung und Öffnung der AKP Märkte führen und sich die Bundesregierung für faire und entwicklungsfördernde WTO Regeln einsetzen sollte. Frau Kortmann und auch die Ministerin, Frau Wieczorek-Zeul versicherten Vertretern der StopEPA-Kampagne , dass die Bundesregierung die Entwicklungsorientierung von EPAs während der deutschen EU Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 mit Nachdruck auf die europäische Agenda setzen werde. Weitere Informationen zur Postkartenübergabe finden Sie unter www.stopepa.de/epostkarte2.html. .

Großbritannien
Ihm Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 wird das Trade Justice Movement aus Großbritannien, eine Vereinigung von mehr als 60 Organisationen, die erfolgreiche Kampagne zu EPAs in der zweiten Jahreshälfte diesen Jahres fortsetzen. Das Trade Justice Movement plant eine Postkartenaktion an die Adresse der deutschen und der britischen Regierung und andere Aktivitäten rund um den internationalen StopEPA-Tag am 27. September 2006, der Tag, an dem sich der EPA-Verhandlungsbeginn zum vierten Mal jährt. Christian Aid und Traidcraft, zusammen mit FINN Church Aid und KEPA, haben bereits eine Postkartenaktion in ihren jeweiligen Ländern durchgeführt, die an den britischen Premierminister Tony Blair und die finnische Regierung im Rahmen ihrer jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft gerichtet sind bzw. waren.

Italien
Die italienische EPA-Kampagne beschäftigt sich hauptsächlich mit der Frage, wie sich EPAs auf die Landwirtschaft auswirken werden. Zu dem Einfluss von EPAs auf KleinbäuerInnen fand am 23. Mai eine Pressekonferenz statt. Die Kampagne plant, den Dialog mit der neuen italienischen Regierung zu verstärken. Sie will diese bitten, sich mit anderen, ähnlich denkenden Regierungen zusammen zu tun, um die Europäische Kommission dazu zu bewegen, Entwicklung zum Hauptziel von EPAs zu erklären. Außerdem solle sie die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Erstellung eines transparenten und umfassenden Evaluationsberichts (review-Prozess) fördern.

Schweden
Im Mai organisierte das EPA Netzwerk in Schweden ein Seminar zum Thema EPA und Entwicklung. Dieses Seminar brachte Vertreter des Außenministeriums, der schwedischen Organisation für international Entwicklungszusammenarbeit, dem nationalen Handelsrat und zivilgesellschaftliche Organisationen aus Afrika und Schweden zusammen.

6. InWEnt Seminar zu EPAs

Ende April führte das BMZ gemeinsam mit InWEnt ein Seminar durch, an dem VertreterInnen aus Deutschland, Europa und den AKP-Staaten teilnahmen. Ministerin Heidemarie Wieczorek-–Zeul betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass Handelsliberalisierung nicht automatisch zu höheren Exporten und damit zur Armutsreduzierung führen würde. Wichtig sei vielmehr, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die entsprechenden Institutionen zu stärken, bevor eine vollständige Handelsliberalisierung erfolge.

Weitere Beiträge der InWEnt EPA-Konferenz (vom 27.-28. April 2006 in Berlin) finden sich auch unter http://www.inwent.org/ef/events/epa/index.en.shtml. Ein kurzer Bericht über die Tagung mit dem Titel „EPA-Verhandlungen: Ausgang ungewiss“ ist in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift E+Z erschienen, zu finden unter http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/06-2006/inw_art2.html.